

Der Machtkampf in der SPD

Die SPD gilt bei der Mehrheit der Bevölkerung als eine Partei, die in sich zerstritten ist. Schon im März vorigen Jahres glaubten nur 23 Prozent der Deutschen, daß die Partei, die in Bonn die Regierungskoalition anführt, noch mit sich selbst darüber einig ist, wo und wie die politischen Akzente zu setzen sind.

55 Prozent sagten damals, daß sie diese Partei für innerlich zerstritten halten. Ein halbes Jahr später, im Herbst, glaubten nur noch 18 Prozent an die innere Einigkeit der SPD. Die Zahl derjenigen, die daran nicht mehr glauben wollten, war dagegen auf 62 Prozent angestiegen.

Das Institut für Demoskopie Allensbach, von dem diese Zahlen erhoben wurden, hat im Herbst '81 in einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung auch die Frage nach der politischen Zielsetzung der SPD gestellt. „Hier auf dieser Liste stehen verschiedene politische Ziele. Wenn Sie einmal an die SPD denken.“

Was glauben Sie, welche politischen Ziele hat die SPD, was will die Partei erreichen?“ Eine vergleichbare Repräsentativgruppe wurde gleichzeitig nach der politischen Zielsetzung von Helmut Schmidt befragt. Es zeigt sich dabei, daß viele Menschen mittlerweile bei Schmidt in wichtigen Punkten eine andere politische Zielorientierung vermuten als in der SPD. Nachfolgend gibt MdB Gerhard Reddemann eine Analyse des inneren Machtkampfes in der SPD.

Bei der Bonner Demonstration gegen das, was die SPD/FDP-Koalition in Bonn seit nunmehr einem Dutzend Jahren hartnäckig als ihre „Friedenspolitik“ anpreist, begeisterten sich Zehntausende junger Sozialdemokraten an einer auch von SPD-Linken mit ins Leben gerufenen Aktion, die Bundeskanzler Helmut Schmidt als einen Dolchstoß in den Rücken der Bundesregierung empfand.

Was die einen als ein ehrliches Bekenntnis zum Frieden verstanden, die anderen als ein irrationales „Wir-Erlebnis“ feierten, als „Demo gegen die da oben“ eingruppierten oder schlicht als Hilfe für die sowjetische Aufrüstung mißbrauchten, hatte um diese Zeit bereits eine neue Qualität angenommen: Das Fingerhakeln zwischen den rechten und den linken Formationen in der SPD war zum puren Machtkampf zwischen regierungsfähigem Pragmatismus und spätmarxistischem Doktrinarismus geworden. Die Masse jener „Grünen“ aber, die sich lange für die SPD und ihre unklaren Reformversprechen engagiert hatte, rüstete gleichzeitig zum Exodus aus einer Partei, die zwischen gegensätzlichen Polen hin- und hergeschleudert wird.

Das Auftreten der sogenannten „Ökologen“ in der SPD, der Versuch, einen eigenen „Öko-Sozialismus“ zu entwickeln und die in „grünen“ Kreisen angesehene Vater-Figur Erhard Epplers hatten eine Zeitlang verdrängt, daß die eigentliche Auseinandersetzung in der derzeit größten Regierungspartei weniger ein Streit um Ökologie als um Ökonomie ist. Nicht das Thema Naturschutz oder Kernenergie hat die SPD tatsächlich entzweit — sondern der Streit um die Richtigkeit der Thesen von Karl Marx und Friedrich Engels.

Je eindeutiger der Uraltstreit der Sozialdemokraten unter sich wieder aufflammmt, desto überzeugter verlassen die zahlreichen „Grünen“ die Partei, um sich bei denjenigen wiederzufinden, die kompromißlos „ökologisch“ denken und die nicht vorzugeben versuchen, ein Atomreaktor arbeite unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler sicherer als unter einem Unions-Kanzler.

Im gemeinsamen Kampf gegen die „rechten“ Sozialdemokraten waren die „Grünen“ den tatsächlich Roten in der Partei lange hochwillkommen. In den letzten Monaten zeigte sich jedoch, daß der „grüne“ Einfluß bei den Jungsozialisten und innerhalb der Partei unerwartet wuchs. Während die Rückkehr zum Vokabular von Marx vor allem die jüngeren Parteimitglieder eher anödet, ergab die Kombination von Kernkraft-Feindschaft und undoktrinärem Pazifismus in Kreisen der SPD eine Zustimmungswelle, die den radikalen Linken in der Partei die Butter vom Brot nahm. Die Absicht, das Friedenthema in die marxistischen Scheuern zu fahren, mißlang.

Unaufhaltsamer Exodus der „Grünen“ aus der SPD

Noch ist der Wunsch des Alt-Sozialdemokraten Heinrich Albertz, aus „Grünen“ und einstmals sozialdemokratischen Pazifisten sollte sich eine neue Partei unter dem Vorsitz von Erhard Eppler bilden, ein mehr oder weniger fromm zu nennender Wunsch. Aber die Demoskopen sagen einer derartigen Partei jeden zehnten Wähler voraus — und den Sozialdemokraten den Verlust jedes zwölften Wählers nach.

Die Neu-Orientierung bislang von der SPD aufgehaltener Jungwähler mußte die Linksaßen der SPD auf den Plan rufen, die seit Jahr und Tag zwischen dem Wunsch schwanken, eine kleine aber feine Polit-Sekte zu werden oder aber den Versuch zu wagen, sich eine Mehrheitsposition in der Partei zu suchen.

Während der Alles-Integrator Brandt (SPD-Jargon: „Im Falle eines Falles nimmt Willy wirklich alles“) hinter den grünen Parteiaussteigern herjammert, weil sie die zahlenmäßige Regierungsfähigkeit der SPD gefährden, nimmt die äußerste Parteilinke den Abzug mit zustimmender Gelassenheit hin. Detlev Albers, Konrektor der linken Bremer Uni und anerkannter Chefideologe der Partei-Marxisten, umschrieb diesen Tatbestand mit der bombastischen Redeweise seiner Disziplin:

„Nicht der ‚grüne‘ Alternative zählt, der aus Bequemlichkeit noch sein SPD-Mitgliedsbuch behält; Gehör wird nur der Parteilinke oder Jungsozialist finden, der sich auf die Sprengkraft der von den neuen Bewegungen aufgeworfenen Fragen einläßt, aber hieraus keine Ersatz-Identität, sondern nur einen allerdings durchzuhaltenden Bezugspunkt für die Mitarbeit an einer umfassenden links-sozialdemokratischen Alternative gewinnt.“

Der Ort, an dem Albers die unbequem werdenden „Grünen“ so abqualifiziert, ist ein Buch, das den allerdings verhüllenden Titel „Zukunft SPD“ trägt. Als Hauptherausgeber fungiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing, den rechte Sozialdemokraten wegen seiner schwärmerischen Begeisterung für die kommunistische Diktatur Fidel Castros ohnehin nur noch unwilling als Sozialdemokraten zu akzeptieren bereit sind. Thüsings einführender Satz gab sofort die Richtung an:

„Die programmaticen Ansprüche der SPD, die Erwartungen und Hoffnungen ihrer Wähler sind wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik in Widerspruch zur Politik der Partei geraten.“

Ist die SPD noch zu retten?

Mitherausgeber Arno Klönne, versierter Volksfront-Strateg aus den Tagen der sogenannten „Ostermarschierer“, sekundierte dem Abgeordneten mit der entwaffnenden Aussage:

„Ob die SPD ‚als solche‘ zu retten ist, kann nicht die primäre Sorge von Sozialisten sein.“ Was das Autoren-Kollektiv zwischen diesen beiden Sätzen über ihre Partei veröffentlicht, das könnte kaum ein parteipolitischer Gegner deftiger getan haben. Die stolze Regierungspartei, die 1969 auszog, das „moderne Deutschland“ zu schaffen, scheint mindestens partiell an Auszehrung zu leiden und moralisch in einer Stagnation zu stecken, die selbst vom niederschmetternden niedersächsischen Kommunalwahlergebnis noch nicht voll abgedeckt ist.

Vor allem der Kasseler Jung-Bundestagsabgeordnete Horst Peter und sein Assistent Norbert Sprafke schlügen derb zu:

Unter dem Stichwort „Entmündigte Partei“ warfen sie den Genossen in der Parteführung vor, sich „von der Mitgliedschaft entfremdet“ zu haben, während die Partei selbst schrumpft. „Wegen der Folgelosigkeit ihrer Bemühungen“ zögern sich die „Aktivmitglieder“ immer mehr zurück, so daß sich heute schon in der Tendenz die Aktivmitgliedschaft auf den „Funktionärskörper der Partei reduziert“.

SPD-Parteileben: Gebilde politischer Geselligkeit

Damit die Leser begreifen, daß die Zustände nicht nur im einstigen roten Musterlande Hessen so trostlos sein sollen, durfte sich der ehemalige Juso-Vorsitzende von München, Manfred Jena, zu Wort melden, der über das Parteileben in Südbayern referiert. Originalton Jena:

„Die SPD ist auf Ortsvereins- und Kreisverbandsebene zu einem vereinsähnlichen Gebilde einer politisch geschmückten Geselligkeit geworden. Programmatisch-politische Diskussionen finden praktisch nicht mehr statt, zum einen, da gewußt oder geahnt wird, daß sie für eine angestrebte Änderung sozialdemokratischer Politik folgenlos bleiben müsse, . . . zum zweiten hat sich die Mitgliedschaft so ausgedünnt, daß in vielen Bereichen ein kleiner Kern von Aktiven verzweifelt versucht, die Mitgliederversammlungen wieder einigermaßen vollzukriegen, wobei zu fast allen Mitteln der geselligen Umrahmung politischer Themen gegriffen wird.“

Die Tristesse des Parteialltags wird übrigens auch von den Parteirechten ähnlich gesehen. Aber „Rechte“ wie „Linke“ liefern sich inzwischen nach der Zustandsbeschreibung heftige Wortgefechte über die Gründe. Ein „Rechter“, wie etwa der Essener Bundestagsabgeordnete Peter Reuschenbach, wirft den in die Partei eingezogenen linken Soziologen, Psychologen und Theologen vor, durch ihr „arrogantes Verhalten“ Arbeitnehmer aus den Ortsvereins-Versammlungen herausgepredigt zu haben und die Stammwähler zu verärgern. Die Linksaufßen suchen den „bösen Feind“ an einer ganz anderen Stelle und personifizieren ihn in Helmut Schmidt.

Der bereits zitierte Juso-Bundestagsabgeordnete Horst Peter sagt seinem stellvertretenden Parteivorsitzenden ungeniert nach, unter „seiner Direktion . . . vollzieht die Sozialdemokratie den Rückzug auf ein verschwieltes Preußentum“. Und er behauptet ebenso kühn weiter, der sozialdemokratische Bundeskanzler habe den Schöpfer der anti-sozialdemokratischen „Sozialistengesetze“, den Alt-Reichskanzler von Bismarck, zum „erklärten Vorbild“.

Der krankheitsgeschwächte Bundeskanzler erlebt in seiner Spätphase eine ähnliche Kampagne gegen sich, wie ihn linke Kreise in der SPD seinerzeit gegen den ehemaligen Parteivorsitzenden und ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, inszenierten. Deutschlands Sozialdemokraten verfallen erneut in ihren Geburtsfehler.

Parteigeschichte — Richtungskämpfe

Die gesamte sozialdemokratische Parteigeschichte erweist sich nämlich längst als eine Geschichte von Richtungskämpfen. Und zwar nicht von Richtungskämpfen über den richtigen Weg, sondern über das gemeinsame Ziel. Auseinandersetzungen in der SPD haben von Anfang an weniger den Charakter der in allen Parteien üblichen Quereien besessen, als vielmehr den Status von Glaubenskriegen. Und immer stand im Hintergrund die Anfälligkeit bestimmter Gruppen gegenüber dem totalitären Sozialismus, der nun einmal ebenfalls von Marx und Engels stammt.

Als Ferdinand Lassalle 1863 in Leipzig seinen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ gründete, hatte marxistisches Revoluzzertum dort nichts zu suchen. Die Genossen von der jüngeren linken Linie eröffneten mit Wilhelm Liebknecht und Helmut Schmidts Idol August Bebel sechs Jahre später ihre „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, deren „Eisenacher Programm“ dann allerdings reinster Marxismus sein durfte.

Erst 1875 schlossen sich die ziemlich gleichstarken Gruppen zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammen. Ihr „Gothaer Programm“ versuchte noch den Kompromiß, aber bereits kurze Zeit später regierte der Marxismus die Partei. Die Gemäßigten traten in den Hintergrund.

Fünfzehn Jahre später hängte Karl Kautsky mit dem „Erfurter Programm“ der inzwischen „sozialdemokratisch“ firmierenden Partei auch programmatisch die marxistische Schelle um. Der Weg zum Linksradikalismus schien vorgezeichnet.

Doch nach der Übernahme parlamentarischer Verantwortung verschob sich ohne Programmveränderung das Schwergewicht. Mit Eduard Bernsteins „revisionistischen“ Thesen löste sich die Partei in der praktischen Politik von den Marxisten ihrer programmativen Aussagen.

Damit leitete die Parteiführung allerdings auch jene Periode ein, die durch linkes Sektierertum, Abspaltungen und angestrengte Versuche gekennzeichnet war, die Sozialdemokratie zur radikalen antikapitalistischen Partei umzufunktionieren, die integrationsunwillig in jeder nichtsozialistischen Welt bleiben und auf die Revolution hinarbeiten sollte.

Von der Revolution zur „Reform“

Der Hauptteil der sich abzeichnenden Parteirevolte von heute steht in den zu groß geratenen Schuhen der damaligen Linksopposition.

Die derzeitigen Linksaßen sprechen allerdings kaum noch von Revolution, sondern neuerdings besonders laut von Reform. Indessen: Diese „Reformen“ sollen einer revolutionären Umgestaltung unserer Gesellschaft durchaus nahe kommen.

Detlef Hensche, promoviertes Mitglied im Hauptvorstand der IG Druck und Papier, sagte das in Thüsings Druckwerk ohne jede Einschränkung:

„Reformpolitik ist nicht das Werk eines über den Gruppen einer angeblich pluralistischen Gesellschaft stehenden Staates, der die unterschiedlichsten Interessen untereinander auszugleichen hat. Reformen richten sich in einer Klassengesellschaft allemal gegen die Interessen derer, die über die Produktionsmittel verfügen.“

„Reformen“ reduzieren sich in den Marx-Vorstellungen des Genossen Hensche somit schlicht auf die tastenden Versuche zur Einführung des Sozialismus.

Solche Vorstellungen stehen allerdings im Widerspruch zu den Ansichten selbst vieler „klassischer“ Linker in der SPD. Solche Leute, zu denen sogar der ehemalige Juso-Bundesvorsitzende Karsten Voigt gezählt wird, sind den Thüsing-Linken längst nicht mehr links genug.

Die beiden Juso-Spitzenfunktionäre Alex Dressler (Mitglied des Juso-Bundesvorstands) und Helmut Hindinger (Mitglied des Juso-Bundesausschusses) verkündeten daher:

„Von diesen Parteilinken ist mangels gefestigtem Rückgrat wenig zu erwarten. . . . Das kritische Jugendliche und Gewerkschafter ankotzende Herumlavieren (der bisherigen Linken) ist . . . der Ausdruck einer tiefgreifenden programmativen Konzeptionslosigkeit oder — um so schlimmer — eines falschen Konzepts.“

Die beiden Juso-Spitzengenossen fühlen sich sogar von den Gallionsfiguren der gegenwärtigen linken Szene, von Karl-Heinz Hansen und von Erhard Eppler, verlassen. Beide argumentieren ihnen zu „moralisch“ und ignorieren die „gesellschaftlichen Klassengegensätze“.

Besonders unfreundlich gehen die Juso-Führer mit dem „Friedens-Idol“ Erhard Eppler um. Weil er in einer Gesellschaft leben möchte, in der „die Winzerfrau soviel wie der Pfarrer“ gilt, wird ihm vorgeworfen, ein Anhänger der unmarxistischen „schlechten Utopie der ‚Graswurzel-Demokratie‘“ zu sein. Und schließlich, was solle man von einem Manne halten, der obendrein „schwäbischer Pfarrersenkeln und Pietist“ sei — und dessen Ansichten nur einen „im asketischen Gewand auftretenden Erziehersozialismus“ darstelle.

„Aus dieser Position heraus“, befanden die Thüsing-Linken höhnisch, „kann natürlich keine grundlegende programmatische Alternative entwickelt werden.“

Damit sie selbst nun eine derartige „Alternative“ an die Genossen bringen können, haben sie sich das Ziel gesetzt, die „grünen“ Roten wieder auszumerzen. Alt-Juso Manfred Jena verordnete:

„Mittelfristiges Ziel von Marxisten in der SPD muß es daher sein, die politische Hegemonie der Öko-Sozialisten über den linken SPD-Flügel aufzulösen.“

Die zweite Front ist also eröffnet. Nun stehen die SPD-Ganzlinken gegen Helmut Schmidts böse Rechte und Erhard Epplers böse „Grüne“.

Thüsing-Linke sucht offenbar Streit mit dem DGB

Als Kombattanten haben sich die Thüsing-Sozialisten die Funktionäre des DGB ausgesucht, auch wenn sie denen nicht unbedingt trauen. „Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der SPD“, analysierte Jena, „sind die Chancen der von uns favorisierten Linkswendung in hohem Maße von der Entwicklung der DGB-Gewerkschaften abhängig.“

Und an deren Entwicklung will man drehen — offenkundig mit Hilfe der Kommunisten. Denn wie ein roter Faden zieht sich durch Thüsings Sozialdemokraten-Postille die Forderung, doch endlich in den Kommunisten liebere Brüder zu sehen.

Druck-Gewerkschafter Detlef Hensche tat es noch scheinbar seriös: Seiner Auffassung nach richtet sich eine antikommunistische Haltung „gegen die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit wie gegen die Politik sozialer Reformen“.

Dagegen schlüpfte der Alt-Linke Gewerkschaftssekretär Paul Plumeyer, in die Rolle eines unfreiwilligen Scherzboldes, als er allen Ernstes zum besten gab:

„Ein Kommunist, der als Arbeitnehmer ein berechtigtes Bedürfnis hat, einer Einheitsgewerkschaft beizutreten, (kann) diese nicht unterwandern, weil es gerade Zweck einer Einheitsgewerkschaft ist, Arbeitnehmer zu organisieren . . . Ein Arbeitnehmer . . . kann deshalb eine Einheitsgewerkschaft nicht unterwandern, weil man sonst ebenso die irre These verkünden könnte, daß ein Schwimmverein von Schwimmern oder die evangelische Kirche von Christen unterwandert werden könnte.“

Offenbar wollen die Linken den Streit in den DGB hineinragen. Sie sehen in der gegenwärtigen Kooperation der Schmidt-Regierung mit dem DGB eine verwerfliche Politik, durch die „es der Bundesregierung und der in deren Politik eingebundenen SPD-Führung immer noch gelingt, relevante Teile der Gewerkschaften auf eine Politik an der Seite Helmut Schmidts einzuschwören.“

Der Müchner Linksaußen kennt auch die Methode, mit der die „Rechten“ in der SPD die Arbeitnehmer korrumpern:

„Durch die Förderung von Schlüsselbranchen der westdeutschen Industrie“ kommt die Bundesregierung den „Arbeitsplatzinteressen einiger Einzelgewerkschaften (IG Bergbau und Energie, IG Bau-Steine-Ärden, z. T. IG Metall und IG Chemie-Papier-Keramik)“ nach und baut „dadurch Teile der Industriearbeiterschaft in ihr Konzept der Befriedigung von Sonderinteressen der Arbeitnehmer mit den allgemeinen Interessen des bundesdeutschen Kapitals nach einer Verbesserung der Verwertungsbedingungen mit“ ein.

Wenn der sozialdemokratische Bundeskanzler sich so benimmt, sehen die Parteilinken natürlich auch keinen Anlaß mehr, seine frisierten Erfolgsmeldungen weiter unter das Volk zu bringen. Statt dessen darf Chefideologe Detlev Albers eine „ernüchternde Bilanz“ der Koalition vorlegen, die u. a. aussagt:

„Sie beseitigte mit dem Aufkommen dauerhafter Massenarbeitslosigkeit zunächst eine der wichtigsten Errungenschaften für die Arbeitnehmer dieses Landes, den immerhin über mehrere Jahrzehnte durchgehaltenen Zustand relativer Vollbeschäftigung. Zudem ließ sie auch die übrigen Absicherungen des ‚sozialen Netzes‘, all jene Leistungen des bundesdeutschen ‚Wohlfahrtsstaates‘ brüchig werden, die man noch wenige Jahre zuvor stolz (und wie sich jetzt zeigte: voreilig) als ‚Modell Deutschland‘ gefeiert hatte.“

Misere der SPD — Druck von außen

Mindestens auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik weist Albers seinen Genossen den Weg aus der von ihm und ihnen so gesehenen Misere der SPD. Er will auf diesem Sektor „Fortschritte . . . über den Weg des Drucks von außen, innerparteiliche Zerreißproben und das Sich hinwegsetzen über von der eigenen Regierungsmannschaft aufgebaute Sachzwänge“ erreichen.

Damit aber geriete die SPD nun tatsächlich zum zweiten Male in ihrer Geschichte in die Gefahr, am Friedensthema zerrieben zu werden. Ein Jahr vor dem Ende des ersten Weltkrieges verließ nämlich mit Friedensgründen die radikale Fraktion um Heinrich Haase und Karl Kautsky die Partei, um als kurzlebige „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) aufzumarschieren.

„Als die Politik der alten Sozialdemokratie immer weiter abwich von den Pflichten, deren Erfüllung das Klasseninteresse des Proletariats gebieterisch forderte . . ., da haben wir die alte Partei, an deren Größe wir unablässig mitgearbeitet haben, verlassen. Höher als die Partei stand uns der Sozialismus, die Sache des deutschen und des internationalen Proletariats.“

Unter den Bonner Parteirechten wären viele froh, wenn der linksradikale Flügel mit ähnlichem Pathos die Partei verlassen würde. Doch die heutigen Linken denken (noch) nicht daran, der SPD den Rücken zu kehren. In zu vielen Kreisverbänden, Bezirken und Landesverbänden gibt sie mit gleichgesinnten Gruppierungen längst den Ton an. Statt fluchtartig das Heil in einer neuen USPD zu suchen, bastelt sie an einer „programmatischen und politischen Erneuerung der Parteilinken durch die Erarbeitung eines Konzepts alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik, das den grundlegenden Bruch mit der gegenwärtigen Logik sozial-liberaler Verwaltung der kapitalistischen Krise nach innen und außen einschließt“, wie Juso-Obmann Drexler im schönsten Partei-Sütterlin mitteilt.

Von der marxistischen Minderheit zur Mehrheit in der SPD

Die Linksaufßen in der SPD haben, um es auf einen Nenner zu bringen, erkannt, daß sie über eine Mehrheitsposition in der wählsterstarken SPD wesentlich mehr Einfluß ge-

winnen als in einer sozialistischen Splitterpartei. Nicht zufällig wird gegenwärtig al-
lenthalben ein Dokument diskutiert, das die marxistische Aktion „Neu beginnen“ kurz
vor dem Ende der Weimarer Republik zur innerparteilichen Machtübernahme verfaßt.
In dem Papier heißt es:

*„Eine marxistische Opposition hat die einzige Aufgabe, die Führung der Arbeiterorganisa-
tion zu erobern, sie darf nie sich selbst, sie muß den Reformismus isolieren . . . Wir blei-
ben unter allen umständen in der Partei, solange sie der entscheidende politische Faktor
der deutschen Arbeiterklasse ist, denn nur mit den Massen werden wir siegen, und nie-
mals gegen sie.“*

Sozialdemokratische Parlamentarier, die sich weiter als echte Sozialdemokraten füh-
len, fürchten nun ein doppeltes Dilemma auf die Partei zukommen: Einerseits verlas-
sen viele angeworbene „Grüne“ die Partei, weil sie von den „Rechten“ in ihren Forde-
rungen nicht akzeptiert und von den „Linken“ praktisch hinausgekettelt werden. Mit ih-
nen verliert die SPD ein beachtliches Wählerreservoir. Andererseits bleiben die marxi-
stischen Störenfriede mit ihrem elitären Gehabe der Partei erhalten, dominieren die
Diskussionen in den Ortsvereinen und vergraulen dadurch Alt-Mitglieder wie Stamm-
wähler.

Zwischen allen politischen Stühlen

Die SPD-Führung darf sich nicht darauf berufen, das alles so nicht gewollt zu haben.
Ihre Politik ermöglichte es erst, die Flügelkämpfe in der Partei immer mehr zu be-
schleunigen. Mechthild Jansen, die aus der SPD ausgeschlossene ehemalige Vorsitzende
des „Sozialistischen Hochschulbundes“ (SHB) präsentiert die Rechnung:

*„Die (von der SPD initiierte) Anti-Strauß-Bewegung ist zu einer Bewegung für Frieden,
für soziale und demokratische Rechte geworden. Es sind Forderungen, die nicht nur ge-
genüber der CDU/CSU, sondern auch gegenüber der Bundesregierung geltend gemacht
werden. Die demokratische Bewegung gegen die Offensive von F. J. Strauß und seine
Freunde erfordert ihren ‚Preis‘, sie hat nicht nur Lobby-Arbeit für die sozial-liberale Ko-
alition betrieben.“*

Man darf gespannt sein, wie hoch der „Preis“ sein wird, den die SPD und die deutsche
Demokratie für die „Hilfe“ der Linksräkalen zahlen soll.